

## Inforadar 32

8. Februar 2019

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Mit einem neuen Chef im WBF (Weinbauer Guy Parmelin, SVP, VD) sind wir im ETH-Bereich ins 2019 gestartet. Auch das UVEK hat eine neue Chefin: Pianistin Simonetta Sommaruga (SP, BE). Noch im alten Jahr (am 11.12.) haben das WBF und der Kanton Zürich die [Rahmenverträge für den Innovationspark Zürich](#) auf dem Flugplatz Dübendorf unterzeichnet. Auch wenn weder Empa noch Eawag Umzugspläne hegen, stärkt das den Forschungsplatz Dübendorf bestimmt.

Was in der Wasserpolitik seit Ende Oktober 2018 geschah, fassen die folgenden Abschnitte zusammen – wie immer ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich wünsche frohes Stöbern.

**Neu:** Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet: 

Andri Bryner

ooo

### Der Bundesrat...

-  14.11. / schickt die [Agrarpolitik AP22+](#) in die Vernehmlassung (bis 6.3.2019). Sie enthält ein Massnahmenpaket mit Bezug zur Trinkwasserinitiative. Insbesondere soll die maximal erlaubte Hofdüngerausbringung pro Fläche gemäss Gewässerschutzgesetz reduziert werden. Im ökologischen Leistungsnachweis sollen Pflanzenschutzmittel mit erhöhtem Umweltrisiko nicht mehr angewendet werden dürfen und der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel soll verstärkt mit Beiträgen gefördert werden. Bei Bedarf sollen Bund und Kantone die Anforderungen regional gezielt verschärfen können.
- 21.11. / empfiehlt Annahme der Motion von Jacques Burgeois (fdp/FR), der Massnahmen verlangt gegen einen drohenden [Selenmangel in Nahrungs- und Futtermitteln](#).
- 30.11. / nimmt Stellung zu einer Interpellation von Jacques Burgeois (fdp/FR), der ähnlich dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel auch einen [Aktionsplan Biozide](#) verlangt.
- 30.11. / empfiehlt die Ratifizierung des Übereinkommens der Unesco über den [Schutz des Unterwasser-Kulturerbes](#). In der Schweiz sind davon u.a. Pfahlbausiedlungen betroffen. Die WBK-N stimmt dem Antrag am 1.2.2019 mit kleinen Änderungen zu.
- 3.12. / genehmigt den [Umweltbericht 2018](#): Während die Situation im Inland (abgesehen von der Biodiversität) als leicht besser beurteilt wird, entstehen drei Viertel der gesamten Umweltbelastung der Schweiz inzwischen im Ausland und beeinträchtigen dort das Klima, die Biodiversität und die Verfügbarkeit von Wasser. Ein eigenes Kapitel widmet sich der Herausforderung Stickstoff. Bezüglich Wasser hält der Bericht fest, dass der morphologische Zustand vieler Oberflächengewässer ungenügend sei. Hervorgehoben wird zudem die Belastung der kleinen Gewässer mit Pestiziden.
-  7.12. / will bessere [Datengrundlagen für die Raumplanung im Untergrund](#). Dazu soll das Bundesgesetz über Geoinformation angepasst werden. Der Bericht geht auf ein Postulat zurück von Nationalrat Karl Vogler (cvp/OW) von 2016.
- 10.12. / beantwortet eine Anfrage von Nadja Pieren (svp/BE), die sich um die Finanzierung des [Nitratprojektes](#) im Gäu gesorgt hat, bzw. der Ansicht war, der Nitratzielwert sei zu tief angesetzt.
- 14.12. / genehmigt die vom Kanton Uri eingereichte [Schutz- und Nutzungsplanung für die Wasserkraftnutzung am Alpbach](#). Die Planung sieht eine Mehrnutzung des Alpbachs und damit

verbunden tiefere Mindestrestwassermengen vor. Als Ausgleich dazu werden zwei landschaftlich und ökologisch wertvolle Gewässerlebensräume unter Schutz gestellt.

- 14.12. / will, dass die laufenden Arbeiten am Hochwasserschutzprojekt an der Rhone ([3. Rhonekorrektur](#)) fortgesetzt werden können und bewilligt dafür 1022 Millionen Franken.
- 14.12. / beantragt dem Parlament, die [«Trinkwasserinitiative» ohne Gegenvorschlag abzulehnen](#). Die Volksinitiative nehme zwar berechtigte Anliegen auf, diese würden jedoch bereits mit den heutigen agrarpolitischen Massnahmen angestrebt und im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 verstärkt. Eine Annahme der Initiative hätte weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit. Siehe dazu auch [Medieninfo der Industriegruppe Agrar](#) (pdf) von Scienceindustries.
- 30.1. / verabschiedet die [Standortbestimmung zur Fischerei](#). Der Bericht geht auf ein Postulat der nationalrätlichen Umweltkommission (UREK-N) zurück. Er enthält zahlreiche Vorschläge für Massnahmen, vor allem aber sollen die Anstrengungen von Bund und Kantonen zum Schutz und zur Renaturierung der Gewässer als Lebensräume konsequent weitergeführt werden.
- 30.1. / schliesst sich der Forderung der UREK-S an, welche im Natur- und Heimatschutzgesetz die [Bedeutung der ENHK-Gutachten relativieren](#) will (Ausgangspunkt war die parlamentarische Initiative von Ständerat Joachim Eder (fdp/ZG)).

## Parlament

- 13.11. Die UREK-S lehnt eine Standesinitiative von Genf ab, welche ein [Moratorium für die Schiefergas-Ausbeutung \(Fracking\)](#) verlangt hat. Die Kommission ist der Überzeugung, dass die Förderung von Schiefergas in der Schweiz vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen keine grosse Verbreitung finden wird.
- 11.12. Der NR nimmt eine Motion der UREK-N an, die vom Bundesrat Massnahmen fordert [für weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden](#). Explizit wird auch die Förderung der Forschung zu diesem Thema verlangt.
- 14.12. Der NR erledigt aufgrund der Antwort des Bundesrates eine Interpellation, mit der Albert Rösti (svp/BE) indirekt eine [Lockerung der Restwasserbestimmungen](#) und weiterer Massnahmen für die ökologische Sanierung der Wasserkraft verlangt hat, weil der Wasserkraft dadurch (zu) hohe Produktionsverluste entstünden.
- 14.12. Der NR erledigt aufgrund der Antwort des Bundesrates eine Interpellation von Silva Semadeni (sp/GR), die sich nach den (wirtschaftlichen) [Folgen des Klimawandels und Konsequenzen aus dem Hitzesommer 2018](#) erkundigt hatte.
- 14.12. Der NR erledigt aufgrund der Antwort des Bundesrates eine Interpellation von Pierre-André Page (svp/FR), der im Interesse der Fische(r) eine stärkere [Regulierung des Kormoranbestandes](#) verlangt hatte.
- 10.1. Die UREK-S verlangt im Zusammenhang mit der Standesinitiative des VS ([18.310](#)) von der Verwaltung eine aktuelle Datengrundlage um zu beurteilen, inwiefern die geltenden [Umweltvorschriften bei der Neukonzessionierung von Wasserkraftanlagen](#) die Ziele der Energiestrategie 2050 beeinflussen. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180310>
- 22.1. Die UREK-N lehnt die Standesinitiative des Kantons Bern 16.316 [«Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Moorlandschaften ermöglichen»](#) ab.

- 22.1. Die WBK-S hat sich mit zwei Standesinitiativen und zwei Petitionen zur Nutzung bzw. zum [Verbot von Glyphosat](#) auseinandergesetzt ([18.308/18.319/16.2004/17.2020](#)). Die Kommission hat die Diskussion jedoch verschoben und will die Botschaft des Bundesrats zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» abwarten.

## Verwaltung

- 5.12. / Das Bafu publiziert ein Dossier zur [Niederwassersituation 2018](#).
- 9.1. / Das Bafu will den Schutz des Grundwassers stärken. Beim [Schutz der Trinkwasserfassungen existieren erhebliche Defizite](#). Dies geht aus einer Umfrage bei den kantonalen Gewässerschutzfachstellen hervor (Link auf Aqua+Gas-Artikel).
- 24.1. / Als weiteres Modul der Vollzugshilfe zur Renaturierung der Gewässer veröffentlicht das Bafu den Bericht: „[Revitalisierung Seeufer - Strategische Planung](#)“.
- 4.2. / Das BLW publiziert die [Verkaufstatistik von Pflanzenschutzmitteln](#) in der Schweiz für den Zeitraum von 2008 bis 2017.

## Weiteres / Kantone / Ausland

- 3.9. (Nachtrag) / Der Kanton LU hat das [Hochwasserschutzprojekt Reusstal](#) überarbeitet und will es im Frühling 2019 auflegen. Es sind Investitionen von rund 195 Mio. CHF geplant.
- 6.11. / Der WWF Deutschland stellt eine Studie vor, wonach der [Zustand der Deutschen Gewässer prekär](#) ist und gegen die WRRL verstösst (mit Links auf den Report).
- 18.12. / Die TG Regierung hat den [behördenverbindlichen Gewässerraum](#) entlang von Sitter und Rhein festgelegt. Für die Thur wird auf das Hochwasserschutzprojekt Thurtal verwiesen. Den Gemeinden wird bis 2026 Zeit eingeräumt, den Gewässerraum grundeigentümerverbindlich festzulegen.
- 18.12. / Nach langen Verhandlungen einigen sich die Bernischen Kraftwerke BKW und die Umweltverbände auf eine [Vereinbarung zu zahlreichen \(Klein-\)Kraftwerkprojekten](#). Die BKW verzichtet auf einige umstrittene Projekte, im Gegenzug verpflichten sich die Verbände, bei anderen Vorhaben keine Beschwerden zu erheben.
- 25.1. / Die Europäische Kommission verklagt Spanien. Das Land habe keine [geeigneten Maßnahmen zum Schutz der Grundwasserkörper](#) ergriffen, aus denen die Feuchtgebiete von Doñana gespeist werden und unternehme nichts, um die Verschlechterung von geschützten Lebensräumen in diesen Feuchtgebieten zu verhindern, womit es gegen das EU-Naturschutzrecht und die WRRL verstosse.
- 6.2. / [Die Tierversuchsverbots-Initiative](#) scheint zustande zu kommen. (Stand: gut 120'000 von den Gemeinden beglaubigte Unterschriften); sie soll am 18.3. eingereicht werden; bei einer Annahme soll die Forschung im Bereich 3R verstärkt werden.
- 10.2. / Im Kanton FR wird in den betroffenen Gemeinden darüber abgestimmt, ob die [Kläranlage Muntelier ausgebaut](#) wird. Ein Bürgerkomitee fordert die Überleitung des Abwassers nach Biel, um den Murtensee zu schonen. Der Streit betrifft das ganze Seeland.

Inforadar abonnieren? >>

[https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo\\_inforadar.pdf](https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo_inforadar.pdf)